

Arbeiterstimme

Lageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarischches Feuilleton . Das Bild der Woche

Zeitungskosten: die zweimal wöchentlich erscheinende Rundschau kostet 25 Pf., für Sonderausgaben 20 Pf. Zeitungsmitteilung auf dem preiswerten Teil einer Tafel mit 100 Pf. Zeitungsabonnement: "Der Interessent" 100 Pf. Unterhaltungssatz: Tel. Dresden, 87100, Tel. 27 220, Postfach Dresden 265 15. Redaktion: Dr. W. Göttsche-Schäfer, 2. Tel. 17 220. Belegschaft:

frei haus monatlich 2,20 Pf. am ersten Zahltag, durch die Post 2,20 Pf. (frisch abgedruckt). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In diesen Abenden kommt sie sehr bald nach dem Aufdruck auf Lieferung der Zeitung oder Zurücknahme des Vorausposten. Expedition und Auslieferung durch Zeitungsvertrieb Otto Kleßlin. Dresden-L., Ammoniusstr. 60.

Tel. 29 021. Zeitungsvertrieb Dresden 29 004. Zeitungsvertrieb für Ostalbkreis: Otto Kleßlin, Dresden-L., Ammoniusstr. 60. Zeitungsvertrieb Berlin: Karl Weißhaar, Berlin, für den östlichen Teil Ostalbkreises und Kreisstadt, Telefon: 30 10 10 10. Zeitungsvertrieb für Sachsen: Dresden, Post und Verlag: Dresden, Zeitungsvertrieb, Dresden-L., Ammoniusstr. 60. Zeitungsvertrieb für Sachsen: Dresden, Post und Verlag: Dresden, Zeitungsvertrieb, Dresden-L., Ammoniusstr. 60. Zeitungsvertrieb für Sachsen: Dresden, Post und Verlag: Dresden, Zeitungsvertrieb, Dresden-L., Ammoniusstr. 60.

8. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 27. Februar 1932

Nummer 49

KPD-Mißtrauensantrag gegen Brüning-Regierung abgelehnt

GSD stimmt für Groener!

Nazis lehnen KPD-Antrag auf Einstellung der Youngzahlungen ab. Die Rache des nationalen und internationalen Kapitals durch KPD-Vorstoß entlarvt. Nur die KPD führt das arbeitende Volk gegen Kapitalistidiotur und Youngslaverei

Im Reichstag fanden in den gestrigen Nachmittags- und Abendstunden die Abstimmungen über die kommunistischen Misstrauensanträge gegen das Reichskabinett im allgemeinen und den Reichswehrminister Groener im besonderen statt. Mit 289 gegen 264 Stimmen wurden die Anträge abgelehnt. Die SPD-Fraktion gab den Ausschlag. Die 130 SPD-Abgeordneten stimmten damit für die Brüningschen Notverordnungen und für den Nazisieges über Groener. Ihre Agitationsreden gegen den Nationalsozialismus waren nur die Nebelbomben für diese Abstimmung, in der Groener und Brüning für kommende Notverordnungen freie Hand gaben. In einer Flut von Zursen charakterisierten die kommunistischen Abgeordneten diese schändliche Rolle der Sozialdemokratie.

Nazi-Partei für Youngslaverei

Dann kam es zur Abstimmung über den kommunistischen Antrag, alle Tributzahlungen aus Gründen des Versailler Friedensvertrages sofort einzustellen und alle privaten Haushaltspflichtungen an das kapitalistische Ausland zu untersagen und die Youngzahlungen dafür zu verbieten. Die Nationalsozialisten versuchten die Abstimmung über den Antrag hinauszuschieben. Aber die kommunistische Fraktion, für die Groener mit den Nazis schwer ins Gericht ging, manövrierte so geschickt, daß die Nazis sich nicht drücken konnten.

Als Grid verlegen und vollständig unter Tumult zerrissen, daß die Nazis den kommunistischen Antrag ablehnen und „zu einem anderen Zeitpunkt“ etwas machen werden, bricht in der Hakenkrebspartei selbst der Skandal los. Schreter, Arndt und Hebbel schreien aufeinander ein.

Aber den Antrag gegen Young stimmen nur die Kommunisten. Er wird bei 108 Stimmenvorhalten eines Teiles der Deutschen und der Nazis (während ein anderer Teil aus dem Saal geflüchtet ist) abgelehnt. Minutenlang röhren die Sprechäste der Kommunisten: „Für Youngslaverei ist die Nazi-Partei!“

Grid weilt sich zum Wort. Minutenlange Rufe empfangen ihn: „Youngscheit! Youngscheit!“ Grid bleibt völlig unverständlich und muß abtreten. Seine Fraktion liegt sich unterdessen in den Händen. Ein Teil der Nazis häuft auf ihren Augenpolster Rosenberg los.

Die Nazis waren so geschlagen, daß sie nach der Abstimmung über den Youngplan unter den Zursen der Kommunisten durch Streiter eine Erklärung abgaben, sie würden an den weiteren Verhandlungen nicht mehr teilnehmen. Sie zogen dann aus unter gemeinsamem Tumult und Zursen:

„Groeners Youngarmee marschiert ab!“

Die Abstimmungen waren der Schlupfpunkt der dreitägigen Demagogie der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten. Drei Tage lang brüllten sie, spielden die Komödie vom „Kampf bis zum Sieg“. Und jetzt haben sie die Masken fallen lassen müssen: Die KPD rettete den Konterrevolutionär Brüning und den Reichswehrminister Groener — die Nazis retteten die großkapitalistischen und sozialdemokratischen Erfüllungspolitiker — die Nationalsozialisten entlarven sich als Agenten der Youngslaverei.

Die Entlarvung der beiden Stühlen des faschistischen Kapitalregimes, der SPD und NSDAP, wurde durch die Versprecher der kommunistischen Partei ermöglicht, die diese drei Tage benutzt haben, um auch von der Parlamentarientribüne aus die Not des deutschen Volkes hinzuschreien, daß es in den Lüften der herrschenden Klasse gelte. Sie rissen den kapitalistischen Machthabern die Maske vom Gesicht und stellten ihnen Stühlen an den Pranger.

KPD in der Fänge der KPD-Anträge

Bei den weiteren Abstimmungen werden eine Anzahl kommunistischer Anträge dadurch angenommen, daß die SPD-Fraktion durch das Fernbleiben der Nazis in die peinliche Lage gebracht wird, ihnen zugestimmen.

So wurde die Sperrung der Polizeizuschüsse für Klagessachen schwierig mit 232 gegen 162 Stimmen bei 43 Enthaltungen angenommen.

KPD für Reichswehrerlaß Groeners!

Zu einem Skandal nach der Art ihrer nationalsozialistischen Kollegen kam es bei der SPD-Fraktion, als der kommunistische

Entschließungsantrag auf Aufhebung des Naziverlasses Groeners zur Abstimmung kam.

Ein großer Teil der SPD-Abgeordneten stimmte mit roter Nein-Karte, wollte also den Antrag offen zu Tritt bringen.

Erst als Streitheit mit weißer Ja-Karte aufflammte, um die Selbstentzerrung der SPD zu verhindern, wünschten sie widerwillig ihre Nein-Karten unter dem Gesichter des ganzen Hauses um.

Bei der Wiederholung der Abstimmung wurde der KPD-Antrag auf Aufhebung des Reichswehrverlasses Groeners mit 226 gegen 178 Stimmen bei 35 Enthaltungen angenommen.

KPD-Antrag gegen Sozialrealität

Angenommen wurde ebenfalls der KPD-Antrag, in dem verlangt wird, daß feindliche Maßnahmen getroffen werden, die die Lebenslage der werktätigen Bevölkerung weiter verschlechtern, wie die geplante neue sogenannte „Reform“ der Sozialver-

sicherung, weiterer Abbau der Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung, weitere Erhöhung der Massensteuern und Zölle, Preiserhöhung und erneute Senkung der Rente und Gehälter auf irgendwelche Art.

Fort mit dem erhöhten Butterzoll!

Im Hammelpprung wird die kommunistische Entschließung auf Abzugsgesamtheit des erhöhten Butterzolls mit 204 gegen 187 Stimmen ebenfalls angenommen.

Zum Schluß fand dann der erfolgreiche Vorstoß der KPD für die Opfer der Jede Karsten statt, über den wir an anderer Stelle berichten.

Über die Massen können und dürfen sich über diese Abstimmungen keinen Illusionen hingeben! Die KPD, die nur aus Furcht vor den rebellierenden SPD-Arbeitern zum Schein einige kommunistischen Anträgen mit zustimmte, hat eben dieselben Diktaturregierung vorher das Vertrauen ausgesprochen, auf das sich die Brüning und Groener rügen werden, wenn sie die Parlamentsbeschlüsse nicht durchführen.

Die Entscheidungen über das Schicksal der Arbeitersklasse und der werktätigen Massen, die Entscheidung über Arbeit, Wohn, Werk und Freiheit läßt nur im außerparlamentarischen Klassenkampf. Die Massen selbst werden ihr Los entscheiden durch Formierung der roten Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei zum Kampfklasse gegen Klasse!

Ernst Thälmann spricht vor mehr als 50000 Ruhrarbeitern

Der Reichspräsidentenwahlkampf durch den roten Arbeiterkandidaten eröffnet. Hauptversammlung und vier Parallelkundgebungen überfüllt und polizeilich geschlossen. Begeisterte Zustimmung der 50000 zu dem Kampfprogramm der KPD für soziale und nationale Befreiung

Genosse Ernst Thälmann, der rote Präsidentenkandidat und Führer der roten Einheitsfront, eröffnete vor einer gewaltigen Menschenmenge in der Dortmunder Westfalenhalle, der größten Halle Europas, gestern seine erste Wahlkundgebung. Vor beispiellosem Jubel begrüßt, unter ungeheuerer Begeisterung besonders der Betriebsdelegations, proklamierte der Kandidat der Armen den leidenschaftlichen Kampfwillen der Kommunistischen Partei, als Führer der Arbeitersklasse, zur Verteidigung des Sozialstaates, des kriegerischen Kampfes gegen Kapitalismus und Nationalsozialismus. Schon



um 18 Uhr wurde die Westfalenhalle polizeilich geschlossen. Eine 25 000 Menschen fanden Zutritt, mehr als 50 000 waren in Dortmund zusammengeströmt. Die vier vorgesehenen Parallelversammlungen waren alle sofort überfüllt.

Nicht enden wollende Beifall begrüßte den heroischen Ernst Thälmann als er die Westfalenhalle betrat. Als Genosse Thälmann das Wort ergreift, erhoben sich wahre Beifallsstürze. In seiner Kampfarede gegen das kapitalistische System wies Genosse Thälmann besonders auf die Mächtigkeit des Kriegsgebiets hin. Genosse Thälmann hieß eine gründliche Abrechnung mit der kapitalistischen Klasse, die das werktätige Volk in Rot und Gold gebracht hat, mit den Naziführern, die mit nationalen Phrasen das Volk bestimmt haben und nicht zuletzt mit den SPD-Führern, die mit der Politik des „kleineren Heils“ ein Verbrechen an der deutschen Arbeitersklasse begehen. Genosse Thälmann zeigte, daß der kapitalistischen Front der Hitler-Brüning-Wels die rote Einheitsfront gegenübersteht. Er wies den Weg aus dem ungeheuren Elend und tief dem Proletariat zu, seine gewaltige Kraft zu erkennen und den Kampf um die soziale und nationale Befreiung entschlossen zu führen.

Zum Schluß ging Genosse Thälmann auf die Kriegslage im Fernen Osten ein. Er kreiste das Tanaka-Dokument des japanischen Ministerpräsidenten und verkündete den furchtbaren Kampfwillen des deutschen Kommunismus zur Verteidigung Sowjetchinas und der Sowjetunion. Immer wieder wurde Genosse Ernst Thälmann während seiner Rede von Beifallsrufen und Begeisterungskundgebungen unterbrochen.

Heute und morgen: Großwerbe- und Sammeltage!

rote Wahlhelfer, Mitglieder der Partei, des Jugendverbandes und aller revolutionären Massenorganisationen, erfüllt eure Pflicht! Stellt euch resolut in den Werbelokalen zur Verfügung! Setzt alle Kräfte ein zur Gewinnung roter Wahlhelfer, neuer Parteimitglieder und Leser der Arbeiterstimme und des Volksechos! Sammelt für den Wahlfonds! Teilt Ergebnisse sofort der UBL mit! Sendet Berichte über eure Erfahrungen an die Arbeiterstimme!